

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreise: Der ganze monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,70 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Reichardtstr. 2 / Telefon: 11234 / Postfach: Dresden Nr. 1860 / Erscheinungstermin: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitag von 18 bis 19 Uhr literarische Sprechstunde

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 8. Februar 1930

Nummer 33

Hungeretat im Zeichen des Youngplanes

Banzertreuzer B wird gebaut / Erwerbslosenbeitrag wird getrichen / Millionengespente für die Truistönige

370 Millionen Mark neue Massensteuern!

Berlin, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Finanzminister der Herrmann-Müller-Regierung machte gestern vor Vertretern der Presse Ausführungen über den Etat der sozialfaschistischen Koalitionsregierung für 1930. Er erklärte, daß ein Reichsbetrag von rund 700 Millionen Mark vorliege, der gedeckt werden müsse. Zu diesem Zweck sollen die 215 Millionen Mark Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung getrichen werden. 370 Millionen Mark sollen durch neue Steuern und 80 Millionen Mark durch Haushaltsmäßige Aufgelasse werden. 705 Millionen Mark händen infolge der Erleichterungen aus dem Finanzplan gleichfalls zur Verfügung.

Durch die Verknüpfung der Arbeitslosenversicherung mit der Invaliden- und Angelegenheitsversicherung sollen die Mittel für die Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden. Für die Steuererhöhung um 311 Millionen Mark liegen zwei Vorschläge vor. Der erste sieht eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent vor, die dem Reich 190 Millionen und den Ländern 80 Millionen einbringen soll. Ferner soll die Biersteuer um 180 Millionen Mark erhöht werden. Nach dem zweiten Vorschlag soll eine doppelte Erhöhung der Biersteuer, also um 360 Millionen, erfolgen und weitere 50 Millionen aus der Erhöhung des Tee- und Kaffeezollens herangezogen werden. Nach den Ausführungen Woldebaums wird der erste Plan in Frage kommen. In jedem Falle sollen die werftätigen Massen aus neuem Hunderte von Millionen ausgeplündert werden. Zur gleichen Zeit sieht der Etat der Herrmann-Müller-Regierung allein durch die Senkung der Zahlungen für die Industrieobligationen um 50 Millionen Mark und durch den Wegfall der Rentenbankzinsen 80 Millionen Mark offizielle Risikospense an die Truistönige und Großagrarier vor.

Warum nur rote Betriebsräte?

Trotz tiefer Profite in der Kunstfedernindustrie bringt ein sozialfaschistischer Betriebsratsvorsitzender Eider von Betrieb Rüttner, Pirna, fertig, mit der Direktion eine Abigung der Hoffordinge zu vereinbaren. Dadurch soll die Belegschaft, meist Frauen, gezwungen werden, mehr zu kaufen, um nicht vollkommen verhungern zu müssen.

Die Firma „verdiert“ dadurch mindestens 10 000 Mark wöchentlich oder rund 1/2 Million im Jahr.

Darum organisiert den Kampf gegen den Lohnraub, für Siebentundentag und höhere Löhne, wählt in jedem Betrieb rote Vertrauensleute und einen Wahlausschuss zur Vorbereitung der

Wahl roter Betriebsräte!

Morgans Knechte

Dresden, 8. Februar.

Der Etat der Herrmann-Müller-Regierung für 1930 liegt im Zeichen der Durchführung des Youngplanes. Die Sozialfaschisten, die für den Youngplan sind, sind deshalb auch die Hauptverantwortlichen der neuen Massenausplünderung. Das sozialfaschistische Zentralorgan, der „Vorwärts“, erklärt in seiner gestrigen Morgenausgabe ganz offen, daß um Zweck der Sanierung der Reichsfinanzen „auch heuerliche Opfer gebracht werden müssen“ und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion „das Notwendige bewilligen würde, um die Sanierung der Finanzen und die Unabhängigkeit der Reichsfinanzen herbeizuführen“.

In der gleichen Linie nimmt auch die sozialfaschistische Propaganda zu den neuen Zoll- und Steuererhebungsplänen Stellung. So erklärte die „Dresdner Volkszeitung“ schon am Montag dem 3. Februar, daß sie gegen eine Erhöhung der Umsatzsteuer nur „Bedenken“ habe. Damit ist schon die Zustimmung zur Einführung dieser Steuer, die die Warenpreise ungeheuerlich emporschieben wird, gegeben. Aber nicht nur das. Die Sozialfaschisten sind gleichzeitig bereit, den geplanten weiteren Abbau der Sozialkosten mit durchzuführen. Die Arbeiter dürfen niemals vergessen, daß für die gesamte Volkzeit der Reichsregierung die sozialfaschistische Partei verantwortlich ist, deren Führer gleichzeitig der Führer der Reichsregierung ist. Sie dürfen niemals vergessen, daß es Sozialfaschisten waren, die durch den Abbau der Erwerbslosenunterstützung im vergangenen Jahre und durch das hilflose finanzielle Programm alle Befehle des Truistapitals erfüllt haben.

Gleichzeitig mit der Einführung von 370 Millionen Mark neuen Massensteuern, mit dem Abbau der Sozialkosten und Truistapitalen 100 000 Mark als „Anwerbsunterstützung“ für den Bau des Banzertreuzers B in den Etat einbringen werden. Die sozialfaschistische Presse im Reich und besonders die „Linke“ in Sachsen betragt ihre Peler aufs übertrieblichste, wenn sie schreibt, daß eine Bewilligung des Banzertreuzers B durch die Sozialdemokratie „schon ausgeschlossen“ sei. Das gleiche lagten sie auch bei der Bewilligung des Banzertreuzers A. Und das Resultat dieser Reichswindeln der Arbeiter: Der Banzertreuzer A wird heute mit stiller Zustimmung der sozialfaschistischen Minister gebaut. Genau so wird das „Linke“ Betrugsstück auch diesmal ausgehen, wenn nicht die Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei einen Einbruch durch die Rechnung der Knechte des deutschen Imperialismus macht.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse und das gesamte werftätige Volk schon jetzt, obwohl der Youngplan im Reichstag erst in der nächsten Woche durchgepeitscht werden soll, die „Segnungen“ dieses Votzes der imperialistischen Räuber in Gestalt neuer Massenausplünderung, in Gestalt von 3 Millionen Erwerbslosen und einem 13-prozentigen Lohnabbau in 8 Monaten, in Gestalt von Wucherzinsen leidet über das Hungerloch, und Fortkriegenebene hinaus, in Gestalt von Massenmord in unerhörtem Ausmaß bei gleichzeitigen Steuerplünderungen an die Bourgeoisie, in Gestalt eines unerhörten blutigen Terrorfeldzugs des Sozialapparates gegen Streikende und demonstrierende Arbeiter zu spüren bekommen, dann dürfen sie niemals vergessen, daß die Sozialdemokraten die besessenen Einpeitscher des Youngplanes sind und daß sie in der nächsten Woche im Reichstag ihre Zustimmung

Fruchtloses Beginnen

Neue faulstidide Lügen der Sozialfaschisten

Freigewerkschaftliche Vertrauensmänner brandmarken Wortdrickschwindel

Lügen „Vorwärts“ und seine Anhänger in Ostschlesien bringen die neueste Parzimonie, nämlich: in der „Roten Fahne“ kreicht die Belegschaft und die „Fagründung“ findet dieses Sprachrohr des Truistapitals in der „Geschoerlegenheit“ wegen der doch die KPD ihr „Eigentum verarmlichen“ sollte. Der Schwindel mit dem „Verfall des Parteieigentums“ brach sofort zusammen, und so der neuen Lüge in der SPD-Presse des öffentlichen

Die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute der Belegschaft der „Roten Fahne“ eine Erklärung, die den „Vorwärts“ Lügen krallt.

Die Erklärung lautet:

Erklärung

Der Abend „Vorwärts“ vom 8. Februar meldet auf der ersten Seite in großer Aufmachung einen Streik in der „Roten Fahne“ am letzten Sonnabend, der erst dann beendet worden sei, als die Belegschaft in Wort und Tat auszuscheidet habe. Diese Nachricht ist von 11 bis 3 erfolgt.

1. wurde der genannte Streik bereits am Freitag ausgebrochen, so daß er laut „Vorwärts“ am Sonnabend nicht erst „erbricht“ zu werden braucht.

2. In einer Arbeiterversammlung ist es weder am Sonnabend noch an einem anderen Tage gekommen. Der „Vorwärts“-Berichtshalter hat diese Nachricht selbst erfunden.

3. Von einer „Errichtung des Personal“ über die angeblich herrschende Mißwirtschaft und den drohenden Verfall des gesamten (eigen und lebenden) Inventars ist weder dem Betriebsrat noch den Vertrauensleuten bisher etwas bekannt geworden.

Aus allem Versteht der „Vorwärts“ auch die bodenlose Verleumdung gegen die Freigewerkschaften über die angebliche Verleumdung der „Roten Fahne“ böswillige Gerüchte in Umlauf zu setzen und in ihren Quellen auszuschleichen.

Die Belegschaft der „Roten Fahne“ kennt ihr Druckvernehmen gut genug um zu wissen, daß ihre Ansprüche in jedem Falle als erfüllt gelten können. Der „Vorwärts“ irrt sich, wenn er glaubt, daß seine Tatsachenberichte die Belegschaft heimrühren. Bisher waren sie nur geeignet, ungetriebene Heiterkeit hervorzurufen.

Die Belegschaft der „Roten Fahne“ kennt ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse. Sie wird kein das Erscheinen der revolutionären Presse scheuen und bei allen durch die Höhe der Erwerbslosen oder durch das kommende Verarmlichwerden zu erwartenden Schwierigkeiten ihr Unternehmen zu schützen wissen.

Die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute der Belegschaft der „Roten Fahne“.

Diese Rechtfertigung der KPD und der „Roten Fahne“ durch die freigewerkschaftlichen Vertrauensleute, diese Zurückweisung von Stumpfsinn und die schärfste Abweisung der Knechte des Truistapitals ab wie ein Hund den Regen. Denn die Aufgabe des „Vorwärts“ und der sozialdemokratischen Presse ist heute nur noch sinkende Lügen zu verbreiten, um die Arbeitermassen von den sozialfaschistischen Verbrechen abzulenken. Die KPD kann den Arbeitern nicht sagen, daß durch Ersetzung der Republik durch jeden Verarmlichung aufzuheben werden soll, die sich mit dem Kampf um Arbeiterlohnungen beschäftigt. Die Arbeiter würden die verruchte Gesellschaft zum Teufel jagen.

Die Lügengeschichte gegen die KPD ist nichts als das fruchtlose Beginnen, die sozialistische revolutionäre Kampflinie aufzuhalten und zu verwirren. Die Sozialfaschisten aber lassen sich durch diese, bei jeder Lüge entworfenen Sozialfaschisten nicht mehr aufhalten vom Kampf gegen die Youngpolitik.

Die revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen müssen alles anstreben, um den breitesten Massen klarzumachen, daß diese sozialfaschistischen Giftspeien in hohem Maße aus den Arbeiterwohnungen fliegen müssen und die „Arbeiterkammer“, das Kampforgan gegen Youngplan, Kurhebung und politische Knechtung durch das kapitalistische System, in jeder Arbeiterwohnungs gelesen werden muß.

30 Jahre in der SPD — jetzt zur KPD überzutreten

Ein Kölner SPD-Worker, der seit 1899 in der sozialdemokratischen Partei Ceteris paribus und seit 1919 in der SPD organisiert war, ist jetzt zur KPD übergetreten. In einer Erklärung dieses Genossen Richter heißt es u. a., daß er die Politik der SPD nicht mehr mitmachen könne und insbesondere in seiner Tätigkeit innerhalb der SPD und als Wohlfahrtsleiter die ganze politische Entartung der sozialdemokratischen Parteiführerschaft kennengelernt habe.

Im Anschluß an eine SPD-Fest in Straßburg beantworteten 14 Arbeiter und Arbeiterinnen die heute gegen die kommunistische Partei durch ihren Eintritt in die KPD.



Gerüchte aus der sozialdemokratischen Bedürfnisfabrik.